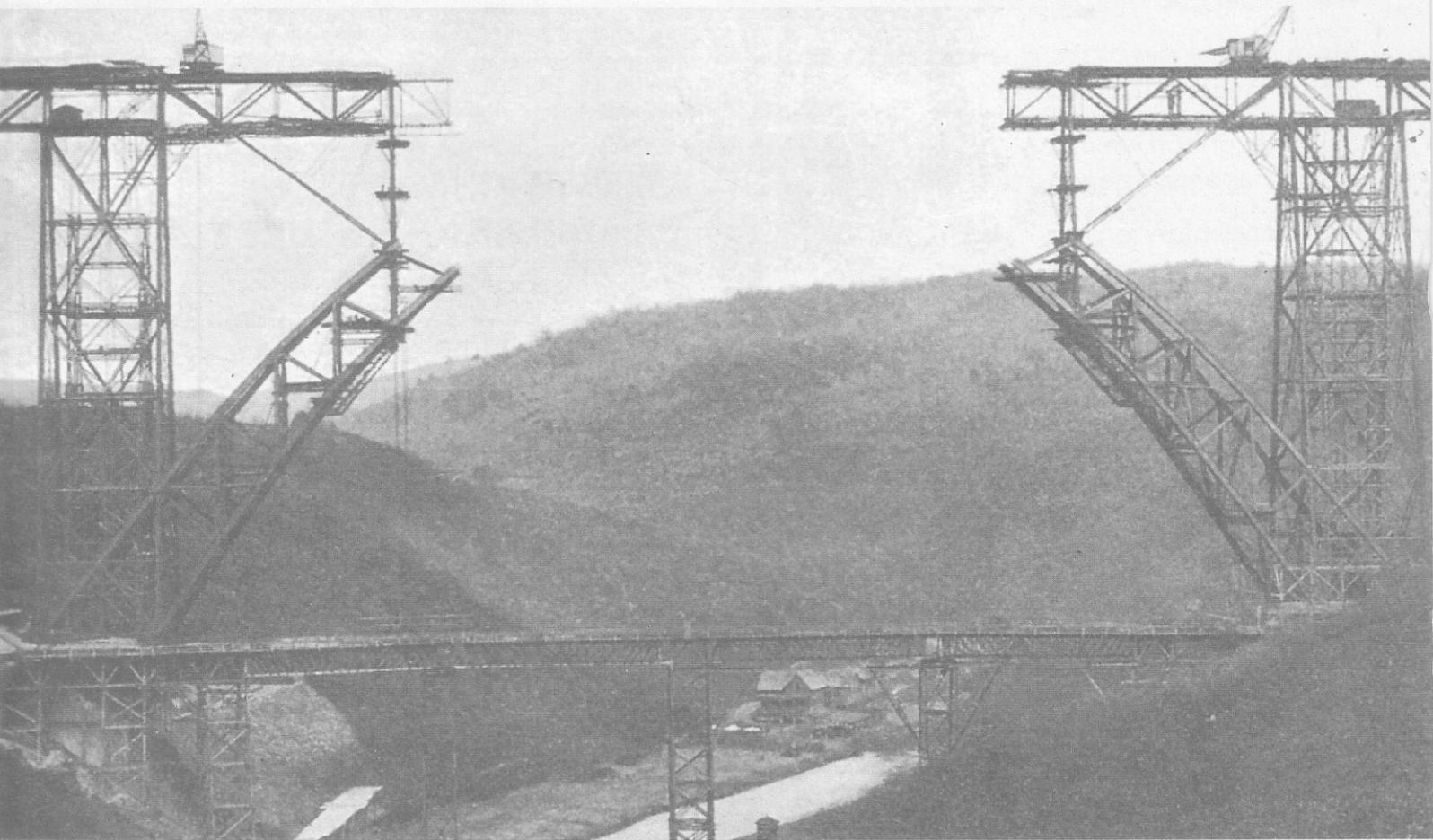


# tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 42 · Herbst 2007 · Kostenlos

## SCHROTTDIEBE ODER INVESTOR?



**MÜNGSTENER BRÜCKE IM ABBRUCH  
—  
PRIVATISIERUNG ISOLIERT REMSCHEID**

# INHALT

- Eine Stadt geht baden – viele Solinger Hallen- und Freibäder vor dem Aus 3
- Hartz IV: Kosten der Unterkunft, Regelsätze, Widersprüche 4
- Gespräch mit Zeitzeugin Friedel Geisler zur Deportation von Sinti 5
- Eine Zensur findet nicht statt: „Ordnungsanwendung“ gegen tacheles 6
- Heuschrecken in Solingen (Teil 3): Wer ist der „Schweizer Investor“? 8
- Als in Ohligs die Nazis das Laufen lernten: Protest gegen NPD-Stände 10
- Solingen gehört uns: Bürgerbegehren gegen Privatisierung 12
- Regenbogenfahnen 13
- Fahrradstadtplan 13
- Wie man den Bürgerfunk hinwegfördert 14
- Rostock-Nachlese 15

# ERNTENZEIT: MIT DEM THEMA OBST AM BALL BLEIBEN

- Bereits zum 4. Mal findet am 21. Oktober das herbstliche Obstwiesenfest statt. Nachdem in den vergangenen drei Jahren jede der Bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal einmal das Fest ausrichten durfte, kehrt es dieses Jahr wieder zu seinen Wurzeln auf die Obstwiesen der Familie Kaesbach in der Solinger Hofschafft Schaberg zurück. Veranstalter ist der „Arbeitskreis Obstwiesen Bergisches Städtedreieck“, der sich den Erhalt und die Förderung alter Obstwiesenbestände im Bergischen Land zum Ziel gesetzt hat. Programmpunkte sind u. a. Baumschnittdemonstrationen, eine Apfelsammelstelle, Obstsortenbestimmung, Bogenschießen à la Wilhelm Tell, Obsternte (für Kinder nur mit Fahrradhelm!) und die Herstellung von selbst gepresstem Apfelsaft. Außerdem gibt es viele interessante Informations- und Verkaufsstände sowie Spezialitäten aus der Region – „bergisch pur“-Würstchen, hausgemachte Suppe, Apfelkuchen, Waffeln und Fruchtsäfte. ernie

## HERBSTLICHES OBSTWIESENFEST MIT SAMMELSTELLE FÜR BERGISCHE ÄPFEL

21. OKTOBER 2007 11 BIS 17 UHR

SCHABERGER STRASSE 124  
AM BAHNHOF SOLINGEN-SCHABERG

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000

**Kontakt & Zuschriften:** c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98, tachelesSG@wtal.de  
www.tacheles-solingen.de

**Druck:** Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, 0211/44939870

**ViSdP und Herausgeber:** Frank Knoche  
c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen



13 Euro für ein Jahr  
**tacheles** frei Haus -  
oder das Förder - Abo  
für 20 Euro, also  
praktisch geschenkt!

SEB  
BLZ 330 101 11  
Konto 297 349 6300  
Kontoinhaberin ist Pauline Ehl  
Stichwort **tacheles**-Abo

Wir haben es nötig!



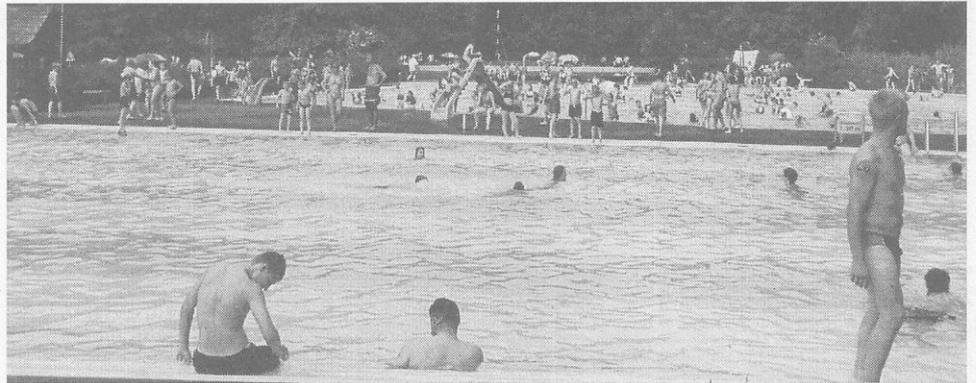
# EINE STADT GEHT BADEN

Nach dem Willen der Mehrheitsfraktionen im Stadtrat und der Verwaltung sollen möglichst viele öffentliche Bäder geschlossen werden. Dafür soll ein so genanntes „Kombibad“ entstehen. Die Rede ist von 15 bis 30 Millionen Euro Kosten, zuzüglich 700.000 Euro Zuschüsse pro Jahr. Die Diskussion ist ein weiteres trauriges Beispiel für die Unfähigkeit der Solinger Entscheidungsträger, auf die Bedürfnisse der BürgerInnen einzugehen.

Kaum ist der Bau des neuen Rathauses im „Hau-Ruck-Verfahren“ durchgesetzt, träumen die Mächtigen dieser Stadt vom nächsten großen Wurf. Diesmal soll es ein großes Zentralschwimmbad sein. Langfristig wird dann nur noch dieses Bad für 120.000 EinwohnerInnen wirklich nutzbar sein, weil Schulen und Vereine sich in den verbleibenden Bädern Klingenhalle und eventuell der Birker Straße drängen werden. Denn die Hallenbäder Vogelsang und Sauerbreistraße sowie alle drei Freibäder sollen geschlossen werden. In diesen Zusammenhängen redet keiner der Verantwortlichen von Sport, Gesundheit und den zukünftig immer heißeren Sommern - vordergründig zählt nur das Geld. Der Neubau soll nämlich Kosten sparen. Ein 20-Millionen-Projekt auf der grünen Wiese ist angeblich billiger als der Erhalt der bestehenden vielfältigen dezentralen Bäderlandschaft. Die Details dieser Rechnung versucht die Verwaltung zu verschleiern. Die Auseinandersetzung um die Schwimmbäder ist typisch für das Versagen der politischen Meinungsbildung in der Stadt. Die Entscheidungen zeigen deutlich, wie weit sich die Kommunalpolitik von den Interessen der BürgerInnen entfernt hat.

## Ein sogenanntes „Gutachten“

In den kommerziellen Solinger Tageszeitungen nimmt die Diskussion um die Bäder zwar viel Raum ein, wird aber nur oberflächlich behandelt. So wurde in der Morgenpost verkündet: „Alle freuen sich auf das neue Kombibad“ (21.9.07). Eine kritische Betrachtung der Vorgänge erfolgt dort ebenso wenig wie



Freibad Ittertal: Wie die anderen stadtteilnahen Bäder vor der Schließung?

im Solinger Tageblatt. Dass es sich bei dem „Bädergutachten“ nur um eine gutachterliche Stellungnahme der Firma WaterVisions zum eigentlichen Bädergutachten der Stadtverwaltung Solingen handelt, geht in den Medien weitestgehend unter. Das ursprüngliche Gutachten wollte die Verwaltung der Politik vorenthalten. Erst auf Nachfrage soll das ursprüngliche Bädergutachten nun freigegeben werden, allerdings nur in einer überarbeiteten Version. Auch die Hintergründe der Firma WaterVisions finden in den Solinger Zeitungen kaum Erwähnung. Die Firma hat kaum Erfahrungen mit derartigen Projekten: Auf ihrer Internetseite ([www.watervisions.de](http://www.watervisions.de)) sind nur drei Projekte aufgeführt, eins davon ist das Gutachten für die Stadt Solingen! Außerdem wird unter Umständen ein guter Teil des Geldes bei der „Beraterfirma“ selber hängen bleiben, denn „Wir bieten Ihnen Projektentwicklung, Planung und Realisierung aus einer Hand“ so WaterVisions auf ihrer Internetseite. Hier wurde ein Gutachter mit Eigeninteresse und wenig Erfahrung beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten.

## Inkompetenz in Politik und Verwaltung

Es scheint vielen gewählten Entscheidungsträgern nicht klar zu sein, dass Kommunalpolitik

harte Arbeit ist und aus mehr besteht als einem Sektempfang mit Investoren, Presse-terminen, Selbstbespiegelung und Austragung persönlicher Zwistigkeiten. Sie sind offensichtlich mit der Vielfalt einer Kommune überfordert und setzen deshalb auf Vereinfachung. Anstatt die Vielfalt als Vorteil zu begreifen und die gegebene Infrastruktur behutsam weiterzuentwickeln, werden wichtige kommunale Aufgaben einfach nicht mehr erfüllt. In ihrer Fantasielosigkeit bleiben nur große zentralistische Lösungen übrig. Dazu werden Planer und Investoren herbeigerufen, deren einseitige Meinung unkritisch übernommen wird. Die Verantwortlichen in der Stadt ignorieren dabei vollständig, dass die beauftragten Netzwerke von Ingenieurbüros, Gutachtern, Beratern und Geldgebern nur an großen Lösungen verdienen. Kleine Reparaturen oder schrittweise Erneuerung durch kleine ortsansässige Handwerker sind weit unter ihrem Niveau und deshalb nicht von Interesse. Eigene Visionen oder Vorstellungen einer positiven Entwicklung scheinen den Verantwortlichen vollständig zu fehlen. Die Lebenswelt in Solingen wird immer mehr auf eine primitive Kosten - Nutzen Rechnung reduziert. Dann gibt es eben ein teures Zentralbad für wenige anstatt preiswerte kleine Schwimmbäder für viele BürgerInnen.

SJ

# Da Capo

MUSIKUNTERRICHT/WORKSHOPS

Burgstr. 11 - 42655 Solingen  
Burger Landstr. 3-5 - 42659 Solingen  
Telefon: 02 12 - 244 15 14

[www.dacapomusik-solingen.de](http://www.dacapomusik-solingen.de)

KLAVIER  
KEYBOARD  
GITARRE  
BASS  
GEIGE  
TROMPETE  
SAXOPHON  
KLARINETTE  
DIDGERIDOO  
QUERFLÖTE  
BLOCKFLÖTE  
TROMMEL  
SCHLAGZEUG  
GESANG  
THEORIE  
FLAMENCO-  
TANZ

# KOSTEN DER UNTERKUNFT BEI ALG II

## CDU- und SPD-Sozialpolitiker kuschen vor Hartz-IV-Behörde

Einstimmig war es nach monatelanger Diskussion sowohl in der Begleitkonferenz der ARGE, als auch im vom Rat der Stadt dazu beauftragten Sozialausschuss beschlossen worden: Die Höchstgrenzen für Wohnungskosten der ALG-II-EmpfängerInnen sollten nur noch nach einem Kriterium (Summe aus Grundmiete-, Neben- und Heizkosten) bestimmt werden. Damit sollte die bis dahin bestehende Regelung, wonach einmal Grundmiete plus Nebenkosten und zum zweiten die Heizkosten für sich, jeweils getrennt als Angemessenheitskriterium bewertet wurden, ersetzt werden. Sinn des neuen Beschlusses war es, den HilfeempfängerInnen im unverändert gebliebenen Rahmen der Warmmiete bei Umzügen etwas mehr Spielraum zu gestatten. Höhere Grundmieten etwa hätten so durch sparsames Heizen ausgeglichen werden können. Die ARGE-Verantwortlichen waren zwar dagegen, hatten jedoch zugesagt, ihre Durchführungshinweise entsprechend zu ändern.

Als seitens der grün-offenen Ratsfraktion die Nichtumsetzung dieses Beschlusses angesprochen wurde, behaupteten Verwaltungsvertreter zunächst, dass so etwas nie beschlossen worden sei. Seltsamer Weise war auch weder im Protokoll der Begleitkonferenz noch des Sozialausschusses (AGSW) der Beschluss im Wortlaut festgehalten. Deshalb ei-

nigte man sich darauf, dass die Beschlussformulierung "auf den Tisch" kommt, um entsprechend zu handeln. Insbesondere der Sprecher der CDU-Fraktion im Sozialausschuss, Carsten Becker, sagte zu, dass das, was beschlossen wurde, natürlich so umgesetzt werden sollte. Obwohl dann in der darauf folgenden AGSW Sitzung seitens der Grünen ein Antrag zur Bekräftigung des Beschlusses gestellt wurde, legte die Verwaltung den Wortlaut des Beschlusses immer noch nicht vor. Zwar stritt die Verwaltung nun nicht mehr ab, dass zuvor etwas anderes beschlossen worden sei, schob jedoch andere "Argumente" vor, warum sie den einstimmig gefassten Beschluss der Politik nicht umgesetzt habe. Rita Pickard von der CDU meinte, dass der Beschluss sowie keine Geltung hätte, weil weder Rat noch AGSW das Recht dazu hätten, die Stadtverwaltungsmitglieder in der ARGE-Lenkungsgruppe anzuweisen. Da sie selbst jedoch sowohl Mitglied des AGSW wie eines

der drei "städtischen" Mitglieder der sechsköpfigen Lenkungsgruppe ist, sollte eine solche Erklärung Anlass zur Sorge geben. Wenn sich Frau Pickard als Mitglied der Lenkungsgruppe der ARGE nämlich weigert, das umzusetzen was Rita Pickard, als Vorsitzende des Sozialausschusses, beschlossen hat, dann könnte dies auf eine schwerwiegende Spaltung des Bewusstseins hindeuten. Und der Herr Becker, welcher zuvor noch vollmundig angekündigt hatte der Verwaltung zu zeigen, dass die Politik bestimmt, war auch auf einmal ganz kleinlaut.

Ergebnis: CDU/SPD/FDP stimmten BFS; FBU und die Grünen, sowie ihren eigenen vorher mit gefassten Beschluss nieder. So ist dass nun mal bei Politikern, die weder Ahnung noch Rückgrat haben: Wem ihnen in einer öffentlichen Debatte die Argumente ausgehen, dann verstecken sie sich hinter der der Verwaltungsbürokratie und kommen "hinten herum".  
Frank Knoche

### SPD und CDU gegen Regelsatzerhöhung

Mit Hinblick auf die Preissteigerungen und die Untersuchungen der Uni Bonn, wonach sich Kinder mit den ihnen zugestandenem ALG-II-Regelsätzen, die 20 Prozent unter der früheren Sozialhilfe liegen, nicht ausreichend ernähren können, beantragten die Grünen im Sozialausschuss, einen Appell an Bund und Land zur Erhöhung der Regelsätze zu richten.

„Wir halten eine solche Erhöhung auch deshalb für notwendig, weil die sich verfestigende Einkommensarmut zu Folgeerscheinungen führt, die die Städte mit höheren Aufwendungen für Jugend- und Familienhilfe oder sogar Heimunterbringungen teuer bezahlen müssen“, begründete ihr sozialpolitischer Sprecher den Antrag.

Während die CDU das Ansinnen hauptsächlich aus formalen Gründen ablehnte, stimmte die SPD auch aus inhaltlichen Gründen dagegen. Den Niedriglöhnen ginge es auch schlecht. Man könne die Hilfeempfänger, die nicht arbeiteten, jetzt nicht besser stellen als diejenigen, die arbeiten, meinte die Sprecherin der SPD.

### SolingerInnen warten durchschnittlich 2,5 Monate länger als gesetzlich vorgegeben. Im Vergleich zu anderen Hartz-IV-Behörden dauert die Bearbeitung von Widersprüchen in Solingen mit 5,5 Monaten besonders lange.

Die Solinger Hartz-IV-Behörde gehört bezüglich der Bearbeitungsdauer von Widersprüchen zu den Job-Centren in NRW, die am längsten brauchen, um die immer noch ansteigende Flut von Widersprüchen zu bearbeiten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer beträgt in Solingen 5,5 Monate. Das teilte das Sozialressort jetzt, auf eine Anfrage der Grünen hin, mit. Rechtlich vorgeschrieben beträgt die angemessene Zeit für die Bearbeitung eines Widerspruchs drei Monate. Danach ist eine Untätigkeitsklage (§ 88 SGG) zulässig.

Maria Z. aus Höhscheid wartete ganze 11 Monate, bis ihr Widerspruch endlich entschieden wurde. In ihrem Fall, der Sanktion wegen eines nicht angetretenen Ein-Euro-Jobs, wurde der Widerspruch abgelehnt. Vor dem Sozialgericht jedoch hätte sie gute Erfolgsaussichten gehabt, aber nach 11 Monaten wollte sie nicht weiter dagegen vorgehen.

Knapp 30 Prozent der eingelegten Widersprüche musste in Solingen im vollen Umfang entsprechen werden. Über die Zahl der Widerspruchsverfahren, bei denen die Widersprechenden teilweise Recht bekamen, schweigt sich die Behörde aus. Diese Zahl dürfte jedoch noch höher sein als 30 Prozent.

Da es in den meisten Widerspruchsverfahren um Geld geht, bedeuten diese überlangen Wartezeiten in der Regel, dass etwa 60 Prozent der widersprechenden Hilfeempfänger mehrere Monate lang zu Unrecht finanzielle Leistung vorenthalten und unter das Existenzminimum gedrückt wurden.

Halten Sie sich bei wichtigen Angelegenheiten nicht mit Widersprüchen auf. Beantragen Sie sofort beim Sozialgericht in Düsseldorf (Ludwig-Erhard-Allee 21, 40227 Düsseldorf, Telefon: 0211/77700, direkt hinter dem Hauptbahnhof) eine einstweilige Anordnung. Das Verfahren ist einfach und relativ bürgerfreundlich. Die Rechtspfleger beim Sozialgericht helfen Ihnen auch bei der Formulierung der Anordnung, die im Übrigen kostenlos ist. Für die einstweilige Anordnung ist Voraussetzung, dass Sie glaubhaft machen können, dass Ihr Anliegen eilig ist und Sie sich in einer akuten Notlage befinden. Das Sozialgericht zwingt die Hartz-Behörden dann zu einer zügigen Stellungnahme und entscheidet innerhalb weniger Wochen. Eine einstweilige Anordnung ersetzt dabei nicht die Klage, welche immer noch möglich ist. Es empfiehlt sich allerdings, sich von einer Beratungsstelle oder einem Rechtsanwalt beraten zu lassen. ALG-II-Empfänger können sich dafür beim Amtsgericht einen Beratungsschein ausstellen lassen.



# IM SCHATTEN DER ERINNERUNG

## Gespräch mit Friedel Geisler über den März 1943

Am 4. März diesen Jahres wurde auf der Korkeziehertrasse ein Mahnmal zur Erinnerung der deportierten und ermordeten Solinger Sinti aufgestellt. Das Mahnmal befindet sich in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Zwangsunterkünfte an der Potshauser Straße und wurde im Auftrag des Unterstützerkreises Stolpersteine für Solingen unter Leitung Heinz Sierings von der Jugendhilfwerkstatt entworfen und hergestellt.

„Am 5. März 1943 wurden sämtliche noch in Solingen lebende Sinti (...) in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Dem organisierten Völkermord an den Sinti fielen mindestens 55 Angehörige der Familien Meinhardt, Reinhardt, Steinbach, Straub, Wagner und Weiß zum Opfer“ erinnert nun die Aufschrift an die nationalsozialistischen Verbrechen, die sich auch in Solingen, hier in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, ereigneten oder ihren Ausgangspunkt fanden.

Friedel Geisler (77 Jahre) erinnert sich noch an die zusammengepferchten Menschen in den Unterkünften an der Potshauser Straße. Sie war damals 13 Jahre alt und besuchte die Volksschule Klauberg, die sich in unmittelbarer Nähe befand. Sie erinnert sich auch noch, dass ein Sintijunge in ihre Schulklasse ging.

**Friedel, welche Erinnerung hast Du an den Jungen in Deiner Schulklasse? Wie war sein Name?**

An den Namen des Jungen kann ich mich nicht mehr erinnern. Ein Ereignis ist mir jedoch im Gedächtnis geblieben. Heinrich Hoppen, unser Lehrer, lässt den Jungen vor der ganzen Klasse aufstehen, um ihn zu erniedrigen. Herr Hoppen war ein typischer Lehrer dieser Zeit: Er prügelte die Jungen und schlug die Mädchen auf die flachen Hände. So war die Erziehung damals, aber es gab bei diesem Lehrer auch Widersprüche: Heinrich Hoppen war kein hundertprozentig überzeugter Nazi. Meine Freundin Margret Gräf, mit der ich in eine Klasse ging und deren Vater ein Parteifunktionär war, wusste immer Bescheid und sie sagte mir mal, dass auch unser Lehrer eine Tages weg käme.

**Sie war es auch, mit der Du zusammen zu den Baracken gegangen bist?**

Ja, eines Tages, vermutlich im März 1943, sagte Margret Gräf zu mir: "Ich zeige Dir mal was!" Wir haben dann in der Pause verbote-nerweise den Schulhof verlassen und gingen

zur Ecke an der Potshauser Straße. Aus 10 bis 12 Meter Entfernung konnten wir von hier aus die dicht beieinander stehenden Baracken beobachten. Ein Fenster stand offen, und dort drinnen standen die Menschen, Erwachsene und Kinder, ganz dicht beieinander, sie konnten gerade mal die Arme nach oben strecken und sie lärmten.

Vor dem Gebäude standen zwei bis vier Wachtposten, die verhinderten, dass irgendwer flüchten konnte.

**Weißt Du noch, was Du damals gefühlt und gedacht hast?**

Ich war starr vor Schreck und entsetzt. Ich hatte ja schon davon gehört, dass es Gräueltaten von den Nazis gab. Ich hatte davon zu Hause von meinen Eltern gehört. Wir hatten zu Hause selber Angst davor, dass unser Vater vielleicht ins KZ kommen würde. Mein Vater, Heinrich Wiesmann, war Prediger bei der Freien Evangelischen Kirche auf der Oststraße. Er hatte etliche Freikirchler aus dem KZ holen können. Ich habe zu Hause nicht erzählt, was ich gesehen hatte. Ich konnte es nicht richtig verarbeiten. Es gab auch nicht die Vertrautheit den Eltern gegenüber, so etwas zu erzählen. Wir waren damals 12 Kinder, eine ganze Kinderschar zu Hause... ich kann mich nicht erinnern, es irgendwem erzählt zu haben. Man muss auch wissen, dass ich selber im totalen Zwiespalt war: ich wollte zum Beispiel auch immer zum BDM (Bund deutscher Mädel), weil da immer was los war. Bis auf das Auswendiglernen der biographischen Daten des "Führers" war ich begeistert von den Unternehmungen dort.

**Hast Du denn mit deiner Freundin darüber gesprochen, was ihr gesehen habt?**

Ich weiß es nicht mehr, ich durfte mit ihr nicht sprechen, denn es war gefährlich. Ich kann mich erinnern, dass ich ihr zu einem früheren Zeitpunkt mal erzählt hatte, dass es KZ's gibt. Das Komische und Unheimliche war, dass sie gar nicht richtig zugehört hatte. Unse-



re Klassenlehrerin Irmgard Ihmig verschwand eines Tages. Keiner wusste, was mit ihr geschehen ist. Margret Gräf wusste schon vorher Bescheid und deutete an, dass unsere Lehrerin bald nicht mehr da sein würde.

**Wann und wie hast Du dich wieder erinnert?**

Ich habe vor einigen Jahren begonnen, meine Lebensgeschichte aufzuschreiben, und da kamen die Erinnerungen wieder hoch. Diese Mahnmalenthüllung Anfang März hat mich dann dermaßen aus der Fassung gebracht, mich holten immer wieder die Bilder von damals ein. Ich kann die Korkeziehertrasse nicht entlang gehen ohne die Erinnerung an das schreckliche Ereignis im März 1943. Am Tag der Mahnmalenthüllung bin ich von meinen Gefühlen völlig übermannt worden. Es war die Empörung über die Gräueltaten der Nazis, das Bewusstsein darüber, dass ich zu diesen Jahrgängen gehöre. Ich kann den Spruch Helmut Kohls "Gnade der späten Geburt" überhaupt nicht nachvollziehen. Ich möchte mich weiterhin mit der Realität auseinandersetzen, dass ich zu dieser Generation gehöre. Es ist meiner Ansicht nach sehr viel in den Elternhäusern zu bearbeiten, die 3. und 4. Generation leidet heute noch unter dem Schweigen. In manchen Familien leiden Menschen auch heute noch an Neurosen, die in der Vergangenheit begründet liegen. Eine Aufarbeitung der Ereignisse in den Familien steht weiterhin aus, die Dokumente, mit denen man beginnen kann, liegen häufig auf den Speichern und in den Kellern unserer Häuser!

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Eva Thomas

# EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT ODER PJÖNGJANG IST ÜBERALL

„IM DEUTSCHEN LESESAAL DES GOETHE-INSTITUTES IN PJÖNGJANG (NORDKOREA) LIEGEN AUF ANWEISUNG DES GASTLANDES KEINE ZEITUNGEN UND MAGAZINE MEHR AUS.“

(Tagesspiegel, 3. Juni 2007)

NACH DER HAUS- UND GEBÄUDEORDNUNG  
„IST JEDWEDE VERTEILUNG/AUSLAGE VON SCHRIFTEN ETC.  
NICHT ZULÄSSIG. FRAU ELSNER-OVERBERG  
WURDE VON MIR ANGEWIESEN, DIE HAUS- UND GEBÄUDEORD-  
NUNG VOM 01.10.1986 ANZUWENDEN.“

(Brief vom 6. Juni 2007 an die tacheles von Günther Smentek, als Begründung, warum Ausgaben der Tacheles nicht mehr ausliegen dürfen)

Zur Erinnerung: Nach zwei Anfragen der grün- offenen Fraktion im Rat konnte die tacheles bis Anfang 2007 in der Stadtbibliothek ausliegen. Zwar mussten wir im Jahr 2006 die neuen Ausgaben vorher bei der Bibliotheksleiterin abgeben, dann dauerte es einige Tage bis sie schließlich in Mehrfachauslage (50 bis 70 Exemplare) zur kostenlosen Mitnahme auslag. Wir gehen davon aus, dass die Leiterin der Bibliothek nicht allein darüber ent-

scheiden konnte, ob die tacheles ausgelegt werden darf und dies erst auf höherer Ebene (Dezernent, OB) geprüft wurde. Schließlich wurde ja schon einmal die „Italien“ aus der Stadtbibliothek entfernt, nachdem sich einige Bürger über eine Papst-Karikatur beschwert hatten.

Während des ganzen Jahres 2006 lag also die tacheles neben dem „Stadtanzeiger“, „Italien“, „Coolibri“ und „Heinz“ aus und wurde

auch gut abgenommen. Anfang 2007 jedoch mussten wir feststellen, dass unsere Ausgabe Nummer 40 mit dem Schwerpunkt "Kissel-Geburtstag" und einer deutlichen Kritik an dem Besuch u. a. auch des Oberbürgermeisters beim 90sten Geburtstag dieses Volksvertreter und Ausschwitzleugners nicht ausgelegt war. Eine Nachfrage bei der Bibliotheksleiterin Frau Elsner-Overberg ergab, dass sie angewiesen wurde, diese Zeitung nicht mehr in Mehrfachauslage, sondern nur noch mit einem Exemplar auszulegen.

Obwohl uns völlig klar war, dass der Anlass für diese Zensurmaßnahme unsere Kritik am Kissel-Besuch des OB war – was uns im Übrigen auch durch andere Quellen bestätigt wurde –, baten wir den Oberbürgermeister um eine Erklärung. Diese im Anhang dokumentierte Erklärung hat denn der zuständige Dezernent auch gegeben.

Wir halten die dort abgegebenen formalen Begründungen für vorgeschoben. Es geht einzig allein um die kritische Haltung unserer tacheles! Wie sonst ist es zu erklären, dass speziell diese Ausgabe mit der Kissel/OB-Berichterstattung einkassiert wurde. Und warum dürfen andere Zeitungen wie auch der Stadtanzeiger mit seinen meist freundlichen politischen Berichten und Kommentaren weiterhin in Mehrfachauslage in der Stadtbibliothek ausliegen?

Die International Federation of Library Associations and Institutions (IFLA) hat in einer „Erklärung zu Bibliotheken und geistige Freiheit“ am 25. März 1999 ihre Mitglieder aufgefordert u. a. folgende Grundsätze „tatkraftig zu fördern“:



Wer einmal Lust auf die etwas andere  
Geburtstagsgestaltung hat, ist bei uns richtig.  
Ein Tag mit viel Spaß im Gelände und Euer  
Geburtstag bleibt allen in Erinnerung!  
Infos unter Tel. 23 09 777  
RBN Naturschutz aktiv in Solingen





- Die Bibliotheken leisten einen Beitrag zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der geistigen Freiheit und helfen mit, die grundlegenden demokratischen Werte und die allgemeinen Bürgerrechte zu sichern.
- Die Bibliotheken sind dafür verantwortlich, den Zugang zu Zeugnissen des Wissens und des Geistes zu garantieren und zu erleichtern. Aus diesem Grund sollen Bibliotheken die größtmögliche Auswahl an Materialien erwerben, erhalten und zur Verfügung stellen, die die Pluralität und Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.
- Die Bibliotheken sollen sicherstellen, dass die Auswahl und Verfügbarkeit ihrer Bestände und Dienstleistungen nur von fachlichen Überlegungen und nicht von politischen, moralischen und religiösen Anschauungen getragen werden.
- Die Bibliotheken sollen Informationen ungehindert erwerben, erschließen und verbreiten und sich jeder Form von Zensur widersetzen.
- Bibliotheken, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden und öffentlich zugänglich sind, sollen die Grundsätze der geistigen Freiheit schützen.
- Die Bibliothekare und sonstige Beschäftigte in diesen Bibliotheken sind verpflichtet, diese Grundsätze zu wahren.
- Die Bibliothekare sollen ihre Verpflichtungen sowohl ihrem Arbeitgeber als auch ihren Benützern gegenüber erfüllen. Kollidieren diese Verpflichtungen, soll die Pflicht gegenüber dem Benutzer Vorrang haben.

tacheles-Redaktion

Prof. Dr. Jörg Becker Philipps Universität Marburg Institut für Politikwissenschaft

### Kurztgutachten Tacheles vs. Stadt Solingen

Es geht noch auf eine Anordnung des SPD-Stadtdirektors Ingolf Deubel zurück, dass die jeweils neueste Ausgabe von tacheles zuerst der Leitung der Stadtbücherei vorgelegt werden musste, bevor diese dann ihr Einverständnis dazu gab, dass die neueste Ausgabe in mehreren Ausgaben im Vorraum der Bücherei zum Mitnehmen ausgelegt werden durfte. Mit der Ausgabe 40/2007 (Artikel zum Kessel-Geburtstag) änderte die Stadt Solingen ihre Praxis. Seit dieser Ausgabe darf tacheles nur noch mit einem Exemplar in der Stadtbücherei ausliegen. Unter dem Datum vom 6. Juni 2007 argumentierte die Stadt Solingen: „Mit der Auslage jeweils eines Exemplars - oder bei stark nachgefragten Zeitschriften einiger weniger - ist dem Informationsbedürfnis der Leser und Leserinnen ausreichend Rechnung getragen. Eine Mehrfachauslage zur Mitnahme würde der Bibliothek eine Verteilfunktion zuordnen, die weder ihrem Auftrag noch den allgemeinen Erwartungen an eine Bibliothek entsprechen würde.“

Als Hochschullehrer für Kommunikations- und Medienforschung ist mir auch das Medienrecht in seinen Grundzügen vertraut. Auch eine öffentliche Einrichtung muss sich an den Grundsatz der Gleichbehandlung halten, was die Information angeht, das heißt, sie darf nicht unsachlich gleiches ungleich behandeln, also insoweit nicht willkürlich. Wenn andere Publikationen in größerer Zahl zum Mitnehmen ausgelegt werden, ist die Reduzierung durch die Bibliothek auf ein einziges Exemplar sachlich nicht begründet. Es sei denn, dass die Bibliothek einen sachlichen Grund hätte, wie Platzmangel o. ä., aber auch dann stellt sich die Frage, ob sie gerade tacheles herausgreifen kann oder nicht abwechseln müsste. Ich kann mir keinen sachlichen Grund denken, aber vielleicht gibt es einen.

Am 20.9.2007 habe ich die beiden Ständer im Vorraum der Stadtbücherei in persönlichen Augenschein genommen. Folgende Schriften lagen dort jeweils u. a. aus: Schüler Sprachreisen 2008, ZVS info Wintersemester 2007/08, Au Pair in den USA, DJH Rheinland Insider 3/2007, Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen und Stadtanzeiger/Das Klingenstein-Magazin, Nr. 30/2007. Alle diese Druckobjekte waren in jeweils rund 30 bis 40 Exemplaren vorhanden. Insgesamt machten die beiden Verteilständer einen leeren und leicht unordentlichen Eindruck.

Schon das Pressegesetz des Landes NRW vom 8.7.2003 spricht in § 1 (3) sehr deutlich davon, dass „Sondermaßen jeder Art (...) verboten sind“ und hebt in § 4 auf die Gleichheit aller Mitbewerber ab. Alle Journalisten müssen gleiche Informationen und den gleichen Zugang dazu bekommen, es sei denn, es gibt einen sachlichen Grund für eine Differenzierung. Dazu liegt auch eine umfangreiche Rechtsprechung, wie differenziert werden darf, vor. Mir scheint der Fall hier jedoch viel einfacher zu liegen: Es gibt hier eine - nicht erlaubte und indirekte - Vorzensur, die weder nach Art. 5 GG (Meinungs- und Pressefreiheit) noch nach Art. 3 GG (Gleichheitsgrundsatz) erlaubt ist.

Angesichts der wahrscheinlichen Verfassungswidrigkeit empfehle ich den Klageweg gegen die Stadt Solingen einzuschlagen. Es wäre en detail zu überprüfen, ob das Impressum von tacheles es zulässt, dass eine Einzelgewerkschaft für den Fall einer Klage Rechtsschutz gewährt resp. gewähren muss.

**Garten  
gestaltung  
& -pflege**

Thomas  
Wendt

0212  
81 73 73

**amnesty  
international**

**ai**

Sektion der  
Bundesrepublik  
Deutschland e.V.  
Bezirk **3560**  
Gruppe **1424**

**Helmut Eckermann**  
**Burger Landstraße 19**  
**42659 Solingen**

# Heuschrecken in Solingen (Teil 3): Wer ist der „Schweizer Investor“?

Schweizer Investoren haben ein sehr unterschiedliches Image: Für die einen ist der Finanzplatz Schweiz ein Ausdruck von Seriosität – andere, wie der Schweizer Globalisierungskritiker Jean Ziegler schreiben Bücher mit folgendem Titel „Die Schweiz wäscht weißer. Die Finanzdrehmaschine des internationalen Verbrechens“. Welcher Meinung man sich auch anschließt: Naivität ist bei Finanzdingen nicht angebracht.

Seit einigen Monaten geistert ein „Schweizer Investor“, die SINAS AG, durch die Solinger Presse. Sie habe in Wald das alte Rathaus und andere Liegenschaften für den geringen Betrag von 3 Mio. Euro gekauft. Wer ist das?

„Aus der Szene“ höre ich, dass Ansprechpartner dieser Firma ein Herr Hartwig Hackenschmidt sei, Mitarbeiter einer Meta GmbH in Bad Kreuznach, Leddrhoser Weg 1, Handelsregisternummer 3248 ([www.experten.de/NET/website/103760.website](http://www.experten.de/NET/website/103760.website)). Unter der auf dieser Internetseite angegebenen Telefonnummer 0671-76515 läuft nur ein Anrufbeantworter. Die Handelsregistrauskunft Rheinland-Pfalz teilt mir außerdem mit, dass es unter der Nummer 3248 eine Firma diesen Namens nicht gäbe.

Da ich so nicht weiter komme, frage ich in einem weiteren Schritt offiziell bei der Stadtverwaltung nach dem Interview- und Ansprechpartner des Schweizer Investors. Ich erhalte nun Name und Telefonnummer einer Firma in Heidelberg. Sie heißt PP & P Vermögensverwaltung GmbH, Amtsgericht Heidelberg 2056 W. Unter der Telefonnummer 06201-650536 läuft nur ein Anrufbeantworter. In meinem Auftrag fordert eine Steuerberatungsgesellschaft beim Heidelberger Amtsgericht den Jahresabschluss dieser GmbH an. Das Registergericht antwortet meiner Steuerkanzlei: „Wo ist der Sitz der Gesellschaft? Die angegebene Amtsgerichtsnummer stimmt nicht.“

Ich erfahre, dass das Unternehmen PP & P seinen Sitz in der Schweiz hat. Im Handelsregister des Kantons Zug finde ich die PP & P als Prepress & Print AG unter der Gewerbestrasse 11, 6638 Cham. Als Unternehmenszweck weist das Handelsregister folgendes Sammelsurium auf: Konzeption, Entwicklung und Design von Produkten im Bereich Graphik, Finanzdienstleistungen, Immobilienbewirtschaftung und Vermögensverwaltung. In Zug, der typischsten aller Schweizer Steuerparadiesen, sind rund 1.000 Immobilienfirmen gemeldet. Die Unternehmenszwecke und die An- und -abmeldungen dieser Briefkastenfirmen wechseln permanent.

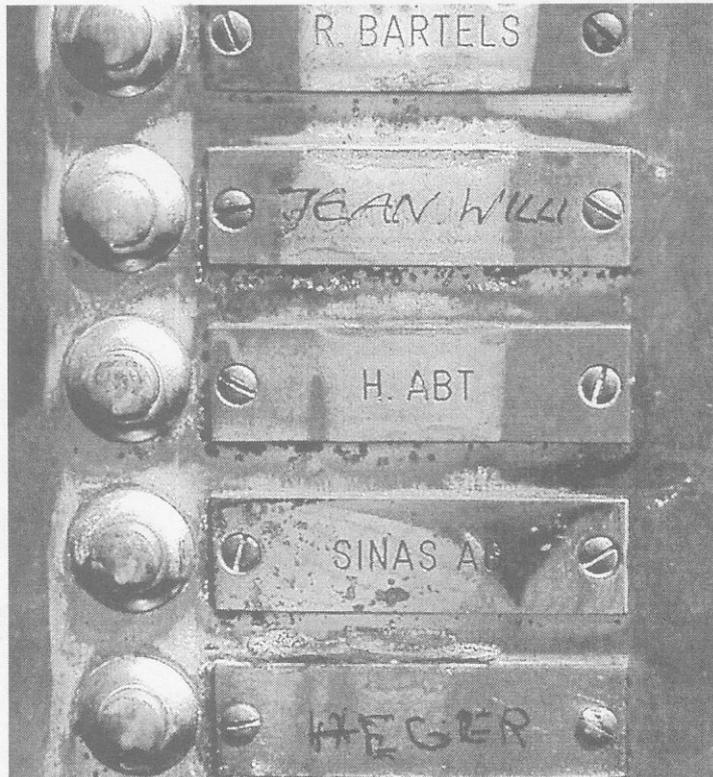
Ich erfahre außerdem, dass die PP & P eine Tochtergesellschaft einer SINAS AG ist, über die sie ihre Immobiliengeschäfte abwickelt. Die der SINAS AG gehörenden Walder Immobilien werden gerade in mehrere GmbHs aufgeteilt. Ihre Registrierungen beim Amtsgericht Solingen laufen zur Zeit. Der jeweilige Hauptgesellschafter dieser GmbHs wird dann die SINAS AG sein. Diese an der Börse nicht notierte Aktiengesellschaft wurde 1993 als SINA AG in Basel gegründet. Sie hat ein Stammkapital von 100.000 Schweizer Franken mit 100 Namenaktien à 1.000 Schweizer Franken. Gründer und Verwaltungsratspräsident dieser AG ist der Pforzheimer Industrielle Rainer Bartels. Die 1999 in SINAS AG umbenannte Firma residiert in der Altstadt von Basel in der Augustinergasse 17 im Kleinen Markgräflerhof. Unter der Telefonnummer 0041-6-12615910 läuft nur ein Anrufbeantworter. Das Äußere des alten Hauses von 1376 macht nicht den Eindruck eines Geschäftshauses. Das leicht heruntergekommene Klingelschild riecht nach Briefkastenfirma.

Höchst spannend ist der zuerst genannte Unternehmenszweck dieser Firma: nämlich die Dekontamination (entgiftende Reinigung) von Atomkraftwerken. Nach Auskunft des

Darmstädter Öko-Instituts hat die SINAS AG auf diesem Feld in Westeuropa ein Quasi-Monopol inne. Ohne Konkurrenz und mit viel hoch spezialisiertem Fachwissen muss dieses Unternehmen Geld wie Heu verdienen. Dass die SINAS AG trotz ihres kleinen Stammkapitals ein „mächtiger Brocken“ sein muss, legt auch der Name des jährlichen Revisors, die Deloitte AG, nahe. Denn gerade dieses Unternehmen zählt zu den wenigen ganz, ganz Großen, wenn es gilt, die Öffentliche Hand mit Public Private Partnership (PPP)-Modellen erfolgreich über den Tisch zu ziehen. Wo Kommunalbeamte wie in Solingen dauernd vom „kostenlosen Investor“ faseln, begreift die Firma Deloitte kommunale PPP-Modelle „als Chance für die Privatwirtschaft mit langfristigen, vertraglich abgesicherten Zahlungsströmen mit geringem Ausfallrisiko“.

Ende der neunziger Jahre ordnete Rainer Bartels sein Firmenimperium um. Während seine Pforzheimer SINA Industrieservice GmbH Teil der schwedischen Studsvik AB Gruppe in Nyköping wurde, die u. a. auch für deutsche Kunden radioaktive Fälle verbrennt und kontaminierten Schrott einschmilzt, änderte seine Basler SINAS AG ihren Unternehmenszweck lt. Handelsregister von „Dekontamination“ zu „Begleitung von Restrukturierungsprojekten, Halten und Verwalten von Beteiligungen, Ausübung von Verlagstätigkeiten, insbesondere für das Rathaus Kleiner Markgräflerhof sowie Kunst-, Kultur- und Kommunikationsberatung“.

Das alte Walder Rathaus hat uns emotional angesprochen und wir wollen uns hier sozial engagieren: Das höre ich aus dem für Wald zuständigen Umfeld der PP & P. Und es fallen Begriffe wie Solarzellen, altengerechte Bibliothek, Clubraum für ausländische Jugendliche, Inneneinrichtung nach Feng Shui-Methoden. Das einzige ökonomische



Klingelschild in der Augustinergasse 17 in Basel: seriöser Investor oder Briefkastenfirma?



Rainer Bartels, Inhaber der SINAS AG

Motiv für die Walder Investition bestehe darin, eine Rendite von 4 Prozent zu erwirtschaften, da Schweizer Banken nur 1 Prozent Zinsen auf Guthaben zahlen würden.

Jetzt verstehe ich gar nichts mehr. Ich weiß, dass in der Immobilienwirtschaft zweistellige Renditeerwartungen normal sind und dass für 4 Prozent ein Bau-Investor nicht einmal müde lächeln würde. Wie diese 4 % zu beurteilen sind, ist schwierig, weil die Höhe der Rendite eines eingesetzten Kapitals in der Regel von der Höhe der Schulden abhängt und der Investor natürlich der Öffentlichkeit nicht erzählt, ob er die 3 Mio. Euro z. B. mit 0,1 Mio. Eigen- und 2,9 Mio. Fremdkapital oder z. B. mit 0,5 Mio. Eigen- und 2,5 Mio. Fremdkapital finanziert und erst recht erzählt ein Investor der Öffentlichkeit nicht, mit welcher Bank er zu welchen Konditionen kooperiert. Aber zumindest steuerlich dürfte das keine schlechte Sache sein. Denn sollten die

Anteile an der Schweizer AG durch eine deutsche Kapitalgesellschaft gehalten werden, dann sind 95 % der Ausschüttungen der Schweizer AG steuerfrei und einer Reinvestition aus der deutschen Zwischenholding von Rainer Bartels stünde dann nichts mehr im Wege.

Die eigentliche Frage lautet aber: was bedeutet dies für die Stadt Solingen? Zwar erzielt die Stadt durch den Verkauf einen einmaligen Ertrag, doch steht dem wahrscheinlich eine geschätzte jährliche Mietbelastung für ein städtisches Alten- und Pflegezentrum gegenüber (und ähnlich langfristige Mietbelastungen gegenüber Dritten ist die Stadt Solingen bereits für VHS + Stadtbücherei bei der Clemens-Galerie und für ein neues Rathaus bei dem gerade laufenden Umbau des Rathausplatzes eingegangen). In diese Mietbelastungen für ein Alten- und Pflegezentrum müssen voraussichtlich 4 bis 6 % Zinsen für die Finanzierung, 1 bis 2 % Tilgung, 1 bis 2 % Verwaltungskosten und 4 % Zinsen für die Eigenkapitalgeber eingerechnet werden. Für die Stadt können so leicht Belastungen von 10 % und mehr pro Jahr entstehen. Mit anderen Worten: Damit die SINAS AG nach ihrer Ausgabe von 3 Mio. Euro eine Rendite von 4% einfahren kann, kommt auf Solingen für die nächsten 20 oder 30 Jahre eine geschätzte jährliche Mietbelastung von 300.000 Euro zu.

Mit solchen mehr als fragwürdigen Finanzierungsmodellen nimmt sich die Stadt aber jegliche Handlungsmöglichkeit für die kommenden Jahre und verschuldet sich immer mehr. Angesichts dieser unseriösen Haushaltspolitik kann man nur hoffen, dass die Instandhaltungsregelungen in dem Vertrag mit der SINAS AG für die Stadt so eindeutig ge-

regelt sind, dass es nicht weitere Folgekosten gibt. Wenn man unterstellt, dass der Grundstückspreis in den kommenden Jahren steigt, ist dies sicherlich kein schlechtes Geschäft für die SINAS AG und Rainer Bartels: einmal eine zu 95 % steuerfreie Ausschüttung und am Ende der Mietlaufzeit möglicherweise noch ein schöner Veräußerungsgewinn.

Rainer Bartels: Vom „Atomboss“ zum „Kunstliebhaber und Kunstförderer“? Vom Profit zu sozialem Engagement? Auch ansonsten scheint Bartels – wie das obige Foto zeigt – kein Kind von Traurigkeit zu sein. Spannend an der SINAS AG ist auch die Tatsache, dass Rainer Bartels Pforzheimer Bekannter Albrecht Kappis vor einiger Zeit seine Aktienanteile an die SINAS AG zurück verkauft hat. Dieser Albrecht Kappis ist übrigens finanzieller Förderer und aktives Mitglied bei ATTAC in der Region Karlsruhe und engagiert sich gegen die Privatisierung von Wasser ([www.wasser-in-buergerhand.de/medien/rehabilitation\\_broschuere.htm](http://www.wasser-in-buergerhand.de/medien/rehabilitation_broschuere.htm)).

Auch nach meiner sehr aufwendigen Recherche nach dem Schweizer Investor in Wald hat Andrea Röhrig in ihrem Kommentar in der „Solinger Morgenpost“ vom 25.6.2007 immer noch recht, wenn sie sagt und fragt: „Es wirkt für Außenstehende schon ein wenig befremdlich, wie die Schweizer Investoren vorgehen. Sie scheuen das Rampenlicht. Warum so geheimnisvoll?“ Und eine Solinger Bürgerin schreibt mir: „Heute konnten wir in der Tageszeitung wieder einen etwas merkwürdigen Artikel zu den Immobilienverkäufen in Wald lesen. Diese Angelegenheit spielt sich auch wieder am Bürger vorbei im Verborgenen ab.“

Jörg Becker

## MESSE- STÄNDE

Planung  
Gestaltung  
Ausführung  
Mietmöbel  
Grafik

Systembau  
Konventionell  
Kombiniert

**alfa**

alfa Messebau  
Obere Holzstraße 14  
42653 Solingen  
Tel.: (02 12) 31 06 61  
Fax: (02 12) 31 15 59

# EM KOTTEN



Neumarkt 9  
42651 Solingen  
Tel.: 0212-15582

weitere Infos unter  
[www.em-kotten.de](http://www.em-kotten.de)

## Live Veranstaltungen

12.10.07 20 Uhr  
Live Veranstaltung Karaoke Show  
EINTRITT FREI!

# ALS IN OHLIGS DIE NAZIS DAS LAUFEN LERNTEN

Auch beim dritten Versuch des im März diesen Jahres gegründeten NPD Kreisverbandes Solingen, in der Öffentlichkeit um Zustimmung für ihre ausländerfeindliche und rechtsextreme Hetze zu werben, hatten die Neonazis keine Chance. Während sie am 18. August in Wald noch einen Infotisch aufbauen konnten,

Die nächsten Informationsstände der NPD sind angemeldet am 20. Oktober in Höhscheid, Ecke Berger-/Regerstraße und am 17. November am Alten Markt jeweils ab 9.30 Uhr.

ten, den allerdings niemand zur Kenntnis nahm, weil etwa 150 GegendemonstrantInnen sie einkesselten, nahmen sie am 22. September in Ohligs unverrichteter Dinge schon nach kurzer Zeit Reißaus. Unter Polizeischutz flüchteten sie sich panisch in zwei Taxen vor dem Hauptbahnhof, um unerkannt ihre abseits geparkten Fahrzeuge zu erreichen, mit denen sie sich dann auf den Weg zu einem Naziaufmarsch in Düren machten. Aber auch in Düren hatten die frustrierten Rechtsextremisten an diesem Tag, angesichts von 1200 AntifaschistInnen, die ihren Aufmarsch stoppten, keinen Erfolg.

Freude über die erfolgreiche Anti-Nazi-Aktion kam an diesem Tag umso mehr in Ohligs am Bremshey-Platz auf, als sich unter anderen der SPD-Vorsitzende, Hans-Joachim Müller-Stöver, bei allen GegendemonstrantInnen dafür bedankte, dass sie mit absolut friedlichen Mitteln, aber entschlossen, die Nazis das Laufen gelehrt hatten.

## CDU toleriert Rechtsextremisten und beschimpft Antifaschisten

Während sich in Düren die dortige CDU mit einem eigenen Informationsstand an den Protesten gegen den NPD-Aufmarsch beteiligte, lehnt die Solinger CDU es immer noch grundsätzlich ab, sich an den Aktionen gegen die Rechtsextremen vor Ort zu beteiligen. Dem CDU-Chef, Fabian Kessler, reicht es offenbar aus, sich ohne Konsequenz in allgemeinen Presseerklärungen „von allen Extremisten“ zu distanzieren. Während er es völlig in Ordnung findet, dass seine Parteifreunde dem Auschwitzleugner Günther Kissel zu dessen Geburtstag die Ehre erwiesen, wirft er dem grünen Vorsitzenden Reiner Daams, der den Rechtsradikalen „nicht die Strasse überlassen“ will, eine „reflexhafte Gutmenschen-

Strategie“ vor. Daams hatte der CDU vorgehalten, dass ihre passive Haltung „eine gefährliche Bequemlichkeit“ in der Auseinandersetzung mit der rechtsextremen NPD ausdrücke. Abgesehen davon, dass der „Gutmensch-Vorwurf“ dem Vokabular alter und neuer Nazis gegenüber ihren politischen Gegnern entspricht, interpretieren die Neonazis die Zurückhaltung der Konservativen als klammheimliche Zustimmung.

Beim Walder NPD-Stand empörte sich im Übrigen ein angebliches CDU-Mitglied vehement über die Protestaktion der Nazigeegner gegen eine nicht verbotene und seiner Meinung nach deshalb demokratische Partei. Im nachhinein stellte sich jedoch heraus, dass es sich bei dem Antifa-Kritiker um einen prominenten Republikaner aus Düsseldorf handelte.

Frank Knoche



Ohligs: Die Gegendemonstranten ließen der NPD keine Chance. Foto: E. Pieck

Arbeitsgemeinschaft  
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,  
Supervision, Coaching,  
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,  
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: [www.friedel-geisler.de](http://www.friedel-geisler.de)

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;  
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

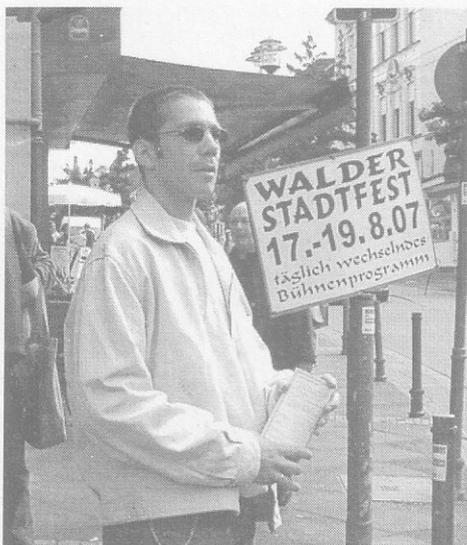
Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Konrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

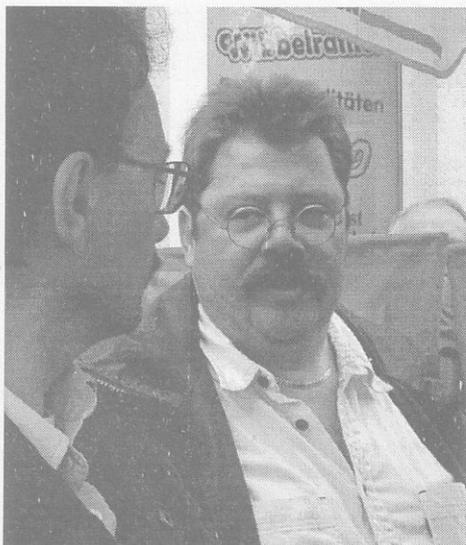
Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: [info@friedel-geisler.de](mailto:info@friedel-geisler.de)

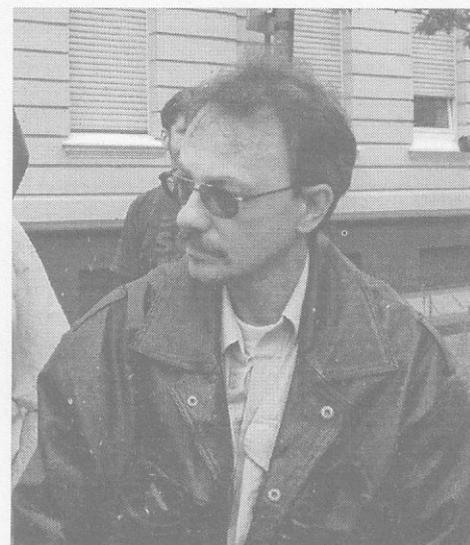
Internet: [www.friedel-geisler.de](http://www.friedel-geisler.de)



Oliver Klas, der Pressesprecher der Solinger NPD, hat als Propagandist des Bundes für echte Demokratie „hinter das System des zionistischen Würgegriffs geblickt“ und will nicht „den Zionisten als Sklave dienen“. Als Redakteur diverser NPD-naher Medien warnt er vor der „Zerstörung und Islamisierung Deutschlands“.



Der stellvertretende Ortsparteivorsitzende der NPD, Joachim Karrasch, will die Todesstrafe wieder einführen. Ansonsten geht der „Heizungselch“ Diskussionen aus dem Wege. Als Unternehmer kümmert er sich um die Logistik seiner Partei.



Der Solinger NPD-Vorsitzende, Rainer Lüer, verteidigte noch vor einem Jahr seine Mitgliedschaft bei den Republikanern damit, dass diese Partei - im Gegensatz zur NPD - demokratisch und nicht rechts-extrem sei.



NPD-Unterstützer und Aufpasser von auswärts. Fotos: Ingrid Brosewski

### Kommentar

## Wer wertet die Nazis auf? Beispiel Oliver Klas

Die Demonstranten gegen die NPD-Infostände würden „letztlich der braunen Bande in die Hände spielen“, kommentiert das Solinger Tageblatt. Die CDU legt ihre Hände in den Schoß und faselt von einer „Aufwertungsstrategie“ die von „reflexartigen Gutmenschen“ betrieben würde. Selbst das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage hält es für richtiger, den Neofaschisten „die Straße“ zu überlassen, anstatt sie mit Protestaktionen aufzuwerten.

Wer aber hat solche gefährlichen Nazis wie Oliver Klas in Solingen bekannt gemacht und befördert? Es war das Solinger Tageblatt, welches dem von Mettmann nach Solingen umgezogenen Neonazi im konservativem Schafspelz massiven Raum im Tageblatt-Online-Diskussionsforum und den Leserbriefspalten gab. Da konnte er fast zwei Jahre lang ungehemmt gegen Linke, Ausländer und Minderheiten hetzen, bis jemand die verantwortlichen Redakteure und den Verleger davon in Kenntnis setzte, dass dieser Oliver Klas der nächste Landtagskandidat der NPD sein würde. Erst als es offiziell wurde, dass es sich um einen NPD-Mann handelt, fielen beim Tageblatt seine bislang transportierten Inhalte in Ungnade. Den noch nicht geouteten Klas hielt man jedoch bis dahin für druckfähig, weil auch solche Stimmen, ob es gefällt oder nicht, ein Recht auf Widerspiegelung in den Medien hätten. Das wäre nun einmal die Realität. Und wie immer war der Schreck groß, als die ach so politischen korrekten Meinungsmacher realisierten, dass sie die Geister nicht mehr los wurden, die sie herbeiriefen. Anstatt dann aber über die eigenen Fehler nachzudenken, zeigte man lieber mit dem Finger auf Andere.

„Wir sind durchaus im gefestigten bürgerlichen Umfeld zu suchen“, weil das Problem sei, dass der Bürger „mit seinen Ängsten und einem nicht unerheblichen Gewalt- und Bedrohungspotential der nicht integrationsfähigen und -willigen Migranten alleine gelassen“ werde, behauptet die Solinger NPD auf ihrer Homepage.

Selbst wenn man sich nicht mit dieser Partei direkt und aktiv auseinandersetzen will, müssten sich diejenigen, die sich als Bürgerliche in der Mitte der Gesellschaft platziert sehen, herausgefordert fühlen. Wir sind die Mitte, müssten sie entgegenhalten, und dass in dieser Mitte kein Platz ist für die Ausgrenzung von zugewanderten Migranten, die in ihrer absoluten Mehrheit um Integration bemüht sind. Sie müssten offensiv deutlich machen, dass Rassisten und Antisemiten weder bürgerlich in ihrem Sinne sind, noch sich mit ihnen in der Mitte der Gesellschaft befinden. Warum aber passiert da kaum etwas? FK

# „SOLINGEN GEHÖRT UNS“

## Bürgerbegehren gegen Privatisierung in Solingen trifft auf Zuspruch

Unser Grundgesetz von 1949 hat durchaus seine positiven Qualitäten. Da heißt es in Art. 20: „Die BRD ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ Die beiden hier kursiv gedruckten Begriffe sind Ausgangspunkt unserer Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ für ein Bürgerbegehren, das der Stadt Solingen eine Privatisierung kommunaler Objekte und Dienstleistungen nach der Gemeindeordnung des Landes NRW untersagen will. *Sozial* meint, dass es auch in einer Marktwirtschaft Räume und Orte für öffentliche Güter geben muss, dass jede Gemeinde nach wie vor für eine öffentliche Daseinsvorsorge zuständig ist und *Abstimmung* meint, dass unser politisches System neben den parlamentarischen Wahlen auch verschiedene Formen der direkten Demokratie kennt und bejaht.

Außerdem macht's einen Mordsspaß, jeden Samstag Unterschriften zu sammeln, mit den Leuten zu sprechen, ihre Sorgen, Nöte und ihre Wut direkt kennen zu lernen. „Die sind doch nicht ganz dicht mit dem Bau für ein neues Rathaus!“ „Man sollte die Politiker alle in die Wüste jagen.“ „Jetzt schließen sie auch noch die Schwimmbäder.“ „Der Haug will sich mit dem Rathaus doch nur ein Denkmal setzen.“ „Hoffentlich kehren in unser Klinikum nicht solche Zustände ein wie beim Sana-Klinikum in Remscheid. Da hört man wirklich nur Furchtbare.“ „Wenn man bloß wüsste, was die mit dem alten Walder Rathaus wirklich vorhaben.“ „Aus einem Pflegeheim mit alten bettlägerigen Leuten noch Ka-



pital schlagen zu wollen, ist eine unverschämte Sauerei.“

Die Erfahrungen beim Sammeln der Unterschriften sind spannend. Sehr häufig muss man den Passanten nicht lange erklären, um was es geht. Sie kapieren das sofort. Oft sagen sie auch, dass man nur gezielt und kurz gekommen sei, um zu unterschreiben, das sei doch selbstverständlich. Skepsis klingt freilich auch häufig mit, nach dem Motto „Das nützt ja sowie nichts. Die Politiker machen sowieso, was sie wollen.“ Gegen solche Meinungen ist schwer anzuhalten. Viele sind aufgrund wirklicher Erfahrungen frustriert. Und die mit 48% fast niedrigste Wahlbeteiligung bei der letzten Kommunalwahl hier in Solingen zeigt, dass in unserer Kommune einige Dinge noch schiefer und schwieriger liegen als in anderen Orten von NRW.

„Solingen gehört uns“ will besonders verhindern, dass die folgenden Einrichtungen der Stadt privatisiert werden: das städtische Klinikum, die Altenpflege, die Versorgung mit

Energie und Wasser (inkl. der Talsperre), der öffentliche Personennahverkehr, das kommunale Straßen- und O-Busnetz, die Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen, die Entsorgung von Abfällen, die Stadtentwässerung, die Stadtbücherei, die Volkshochschule und die Musikschule.

Nochmals: Es macht Spaß, mit den Leuten auf der Straße zu reden. Wir hören. Wir sprechen. Wir vernetzen uns. Wir lernen. Wir brauchen noch viele, viele Mitstreiter. Bereits jetzt zeigt sich, dass wir gegen Jahresende die nötigen Unterschriften in Höhe von 8.000 Stück gut zusammen haben werden. Und dann feiern wir groß und fett und ausgelassen eine riesige öffentliche Fête!!!

Bis Weihnachten planen wir außerdem folgende Aktivitäten: Am 19. November referiert Ralph Rogge vom Stadtarchiv über die wechselnden öffentlichen und privaten Eigentümer der Stadtwerke in den letzten 150 Jahren (Gründer- und Technologiezentrum), am 17. Dezember hält Prof. Julian Roberts von der Münchener Anwaltskanzlei Rössner einen Vortrag über gefährliche Derivatsspekulationen deutscher Kommunen (auch in Solingen) (wahrscheinlich im Clemensaal). Zur Zeit verhandeln wir mit Solinger Kinos darüber, wann und wo der Anti-Privatisierungsfilm „Der große Ausverkauf“ ([www.dergrosausverkauf.de](http://www.dergrosausverkauf.de)) gezeigt werden kann.

Es schwappt eine kleine Welle von Anti-Privatisierungskampagnen über Deutschland hinweg. Wir stehen in aktivem Austausch mit solchen Initiativen in Freiburg ([www.wohnen-ist-menschenrecht.de](http://www.wohnen-ist-menschenrecht.de)), Mühlheim ([www.mbi-mh.de](http://www.mbi-mh.de)), Leipzig ([www.buergerbegehren-leipzig.de](http://www.buergerbegehren-leipzig.de)) und der Aktion Mehr Demokratie in Köln (<http://nrw.mehr-demokratie.de/1292.html>). Solingen schwappt mit. So kann man uns drei Sprecher erreichen: Jörg Becker ([joerg.becker@komtech.org](mailto:joerg.becker@komtech.org)), Gerhard Walsken ([gerhardwalsken@t-online.de](mailto:gerhardwalsken@t-online.de)), Barbara Witscher ([barbarawitscher@t-online.de](mailto:barbarawitscher@t-online.de)).

Gerhard Walsken und Barbara Witscher

### Kontaktadresse:

ZukunftsWelten e.V.  
Mühlenteich 5 42653 Solingen  
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen



# WAS IST EIN REGENBOGEN?

Für Sie? Für ihren Kindergarten? Beziehen Sie Stellung, zeigen Sie Flagge!

Das Atelier Godana Karawanke bietet Ihnen und Ihrer Schule die Chance, Teil einer großen Kunstaktion zu sein und gleichzeitig Flagge zu zeigen - mit einer Regenbogenfahne.

Fahnen waren bei den verschiedensten öffentlichen Aktionen immer wieder ein attraktives Kommunikationsmedium.

Beziehen Sie Stellung zu einem aktuellen Thema, das Ihnen und Ihren Schülern am Herzen liegt, oder präsentieren Sie sich einfach einmal anders: Beides ist mit einer Regenbogenfahne möglich.

Ihre Schüler und Kunstlehrer können die Fahne selbst gestalten, Sie können aber auch über das Atelier Godana Karawanke einen Künstlerin kennenlernen, der die Fahne im Auftrag vollendet.

Damit Sie Teil des großen Ganzen sind, werden stets zwei Fahnenstoffe gestaltet - einer, der bei Ihnen bleibt, und einer, der zentral bei den Güterhallen gelagert wird.

Diese zweite Fahne wird bei großen Aktionen zusammen mit allen anderen Fahnen des Projekts aufgestellt. In jedem Fall ist Ihre Schule

so bei den Künstlerfesten an den Güterhallen und den Walder Theatertagen in Solingen „mit dabei“.

Und warum der Regenbogen? Er ist ein zeitlos verbindendes Symbol in Märchen, Mythen, Religionen, und Visionen der Völker.

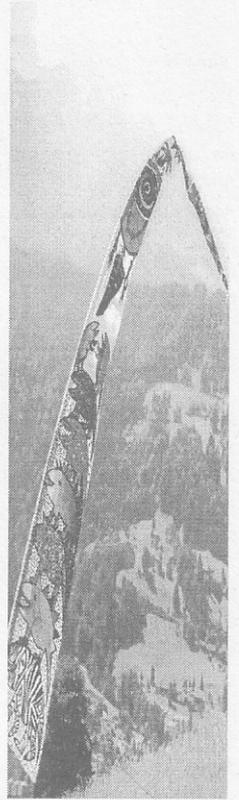
Die Regenbogenfahnen: ein roter Faden, Sinnbild für Einheit in der Vielfalt der Kulturen. Schon mit 250 bis 320 Euro sind Sie beim Projekt dabei.

Sollte Ihr Budget die Teilnahme am Projekt erschweren, können Sie einen Sponsor suchen - oder der Künstlerverein übernimmt das für Sie. Als gemeinnütziger Verein können wir selbstverständlich, falls sich in Ihrer Elternschaft Sponsoren finden, auch Spendenquittungen ausstellen.

Interesse? So nehmen Sie Kontakt auf:  
Atelier Godana Karawanke | Susanne Schrade  
Alexander-Coppel-Str. 24 | 42651 Solingen  
Tel.: 0212 233 63 59 |

susanne.schrade@web.de  
Mobil: 0178/4766334 www.gueterhallen.de  
http://www.karawanke.de

Diese Fahnen zeigen sich zuletzt bei der Kundgebung gegen das KIBIZ am 15.9. in Düsseldorf. Das KIBIZ ist das neue Kinderbildungsgesetz, welches die Situation der Kinder, der ErzieherInnen und der Träger deutlich verschlechtern würde.



## ERSTER FAHRRADSTADTPLAN SOLINGENS WIRD GEDRUCKT

12 Jahre nachdem sich der erste Runde Tisch Radverkehr aus Solinger Verkehr- und Umweltschutzverbänden gegründet hatte, ist es nun seinem „Nachfolger“ gelungen, den 1. Fahrradstadtplan Solingens zu entwickeln.

Der „Runde Tisch Radverkehr“ ist heute eine Gruppe von FahrradfahrerInnen, die sich im Rahmen der Lokalen Agenda 21 dafür einsetzen, durch praktische Aktionen den Fahrradverkehr in Solingen zu fördern und die Interessen von RadfahrerInnen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Die Beteiligten haben in jahrelanger ehrenamtlicher Kleinarbeit Routen ausgewählt, sind viele Strecken abgefahren, haben sie bewertet und letztendlich aufs Papier gebracht – die Geburtsstunde des Fahrradstadtplans!

Das Ergebnis ist ein dichtes Netz von Routenvorschlägen – überwiegend abseits stark befahrener Straßen – mit Angaben zu Radwegen an Straßen, Wege-Qualität, Steigungen, aber auch zu vorhandenen Schwachstellen. Bewusst wurde nicht jede befahrbare Route aufgenommen: Das Routennetz konzentriert sich auf ausgewählte Verbindungen zwischen Stadtteilen, öffentlichen Einrichtungen, Naherholungszielen etc.

Begleitet wurde die Entwicklung des Plans durch die tatkräftige Unterstützung der Agenda-Geschäftsstelle und der Stadt Solingen, so dass nun in einem Gemeinschaftsprojekt der Fahrradstadtplan im Rah-

men der Neuveröffentlichung der Freizeitkarte erstmalig der Öffentlichkeit präsentiert wird.

ernie



# WIE MAN DEN BÜRGERFUNK HINWEGFÖRDERT

Am 25. Mai 2007 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das 12. Rundfunkänderungsgesetz beschlossen. Diese Novellierung des Landesmediengesetzes ist am 30. Mai in Kraft getreten.

Hauptmotiv dieser Änderungen war es offenbar, die Position der kommerziellen Betreiber der Lokalsender gegenüber dem Bürgerfunk zu stärken.

Zur Erinnerung:

Das Landesrundfunkgesetz (LRG) von NRW von 1987, das inzwischen aber schon mehrmals novelliert wurde, regelt die Einrichtung privatwirtschaftlicher Lokalsender, die in 44 Verbreitungsgebieten in NRW ausstrahlen. Träger dieser Sender ist jeweils eine Veranstaltergemeinschaft (VG) mit dem Status eines e.V., dessen paritätische Besetzung das LRG vorschreibt (Kirchen, Kommunen, vielerlei Verbände, Verleger usw.). Die VG bestimmt auch den Chefredakteur.

Die zweite Einrichtung ist die Betriebsgesellschaft, die die technische, praktische und finanzielle Abwicklung besorgt. Die VG wacht über die Ausgewogenheit des Programms nach Maßgabe der in ihr vertretenen öffentlichen und privaten Gruppen und den Bestimmungen des LRG.

Das für den Bürgerfunk Wesentliche steht im Abschnitt VIII des Gesetzes (in der Fassung vom 2.7.2002) Dort heißt es im § 72:

„Die Veranstaltergemeinschaften müssen in ihr Programm nach Maßgabe des Programmschemas Programmbeiträge von Gruppen .... von 15% der Programmdauer täglich mindestens 50 und höchstens 120 Minuten einbeziehen.“

Diese „Einbeziehung“, die ihnen damals die sozialdemokratisch geführte Landesregierung als Bedingung für den Betrieb privater Sender aufs Auge gedrückt hatte, war den kommerziellen Betreibern noch nie sympathisch, da sie diese Sendezeit (und die damit verbundenen Werbeeinnahmen) natürlich selbst gern gehabt hätten.

Mit dem 12. Rundfunkänderungsgesetz hat ihnen die CDU/FDP-Regierung nun zu einem großen Schritt in diese Richtung verholfen.

- Die Sendezeit für Bürgerfunkgruppen wurde auf maximal 60 Minuten reduziert.
- Die werktägliche Sendezeit wurde von 19 Uhr (Beginn) auf die wenig attraktive Zeit von 21 Uhr verschoben.
- Die Gruppen, auch die bereits seit vielen Jahren tätigen, müssen sich, wenn sie weiterhin Bürgerfunk machen wollen, Qualifi-

zierungsmaßnahmen unterziehen, die jährlich (!) wiederholt werden müssen, um „damit zur Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung bei(zu)tragen“.

- Und vor allem: Die finanzielle Förderung der Beiträge der Bürgerfunkgruppen, mit denen die Aufwendungen für die Produktionskosten (Radiowerkstatt, Techniker usw.), bezogen auf die ausgestrahlten Sendeminuten, erstattet wurden, wurde gestrichen.

Das Ganze wurde natürlich in schöne Worte verpackt:

Der Bürgerfunk erhalte zum ersten Mal einen Funktionsauftrag, heißt es da, und „Der Bürgerfunk im lokalen Hörfunk dient dazu, das lokale Informationsangebot zu ergänzen und den Erwerb von Medienkompetenz ... zu ermöglichen und damit auch zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beizutragen“.

Es ist wohl einmalig in der Medienwelt, dass jemand, dem diese hehre und verantwortungsvolle gesellschaftliche Aufgabe zugemutet wird, die Produktionskosten dafür entschädigungslos selbst tragen soll, wenn die Radiowerkstätten in Zukunft die Kosten für ihre Serviceleistungen nicht mehr von der Landesanstalt für Medien erstattet bekommen. Damit werden qualifizierte Beiträge zur gesellschaftlichen Meinungsbildung zu persönlichen Freizeitbeschäftigungen wie Reiten oder Tennisspielen degradiert. Und die jährliche Wiederholung der Zertifizierung ist eine in meinen Augen schikanöse Maßnahme, die man noch nicht einmal Führerscheinbesitzern zumutet, die mit ihrem Fahrverhalten ja unendlich größeren Schaden anrichten können als Bürgerfunker mit ihren vielleicht nicht immer perfekt genug gestalteten Programmen.

Nichtsdestoweniger wird in dem geänderten Gesetz ausgiebig von Förderung geredet. In einem Papier von 9 Seiten erläutert die Landesanstalt für Medien diese Fördermaßnahmen.

Gefördert werden soll – und das ist gewiss lobenswert – insbesondere die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern. „Die Jugendlichen sollen im schulischen Kontext durch die Produktion von Beiträgen in Zusammenarbeit mit den Hörfunkveranstaltern lernen, die Mechanismen der Produktion und die Wirkung von Beiträgen in elektronischen Medien aus der Praxis heraus zu verstehen.“ Mal sehen, wie viele Lehrer sich wohl bereit finden werden, neben ihrer sowieso schon gestressten Arbeit solche Projekte mit einer

Schülergruppe zu erarbeiten und durchzuziehen. Als langjähriger ehemaliger Juror beim Regionalwettbewerb von „Jugend forscht“ bin ich da sehr skeptisch.

Dann wird noch ganz nebulös geredet von der Förderung von „Vorhaben, die Impulse für die bürgermediale Anwendung neuer technischer Entwicklungen geben“, worunter ich mir nun gar nichts vorstellen kann.

Ansonsten werden nur noch die oben genannten Qualifizierungsveranstaltungen gefördert, also die Seminare und die Ausbildung der Medientrainer, die diese Seminare landesweit durchführen sollen.

Und was wird am Ende dabei herauskommen? Nun, ich fürchte genau das, was mit dem Gesetz, unausgesprochen und verborgen hinter vielen wohlmeinenden Worten, beabsichtigt wurde, nämlich den Bürgerfunk durch eine Ermattungsstrategie und Mittelstreichung zur Resignation und viele Gruppen zum Einstellen ihrer Arbeit zu bringen. Und irgendwann heißt es dann, da das Interesse am Bürgerfunk erlahmt sei, bestehe auch keine Notwendigkeit mehr, ihm im Landesrundfunkgesetz so viel Sendeplatz einzuräumen. Für die Schülerprojekte, die ja wohl kaum in großer Zahl anfallen werden, können dann ja – wie es jetzt schon angedacht wurde – im Einvernehmen mit der Veranstaltergemeinschaft besondere zusätzliche Sendezeiten vereinbart werden.

Und es wird wahrscheinlich auch das „Aus“ für viele Radiowerkstätten bedeuten, wenn deren Träger – Volkshochschulen, Kirchen, Gewerkschaften usw. – die Nutzung dieser Einrichtungen nicht mehr im ökonomisch erforderlichen Maß vom Land refinanziert bekommen.

Hans-Jürgen Precht  
Bürgerfunkgruppe  
„Radiostammtisch Solingen“

## Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:

dienstags alle 14 Tage: 17-19 Uhr  
freitags: 13-15 Uhr

außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für Veranstaltungen und Feste gemietet werden



# ROSTOCK 2007

## Eine kleine Nachlese

„Wenn nicht jetzt – wann dann?“ diese Frage stellte ich mir im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm, als mir die Aufrufe zur Großdemo in Rostock am 3. Juni ins Haus flatterten:

Die Gruppe der Acht steht für die herrschende Ordnung in der Welt. Unbarmherzig und ungerecht ist das Instrumentarium, das sie sich geschaffen hat. Mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation, der NATO und anderen Institutionen setzt sie die Ziele der neoliberalen Globalisierung durch, die an den Interessen der Konzerne und Kapitalbesitzer weltweit orientiert ist und skrupellos Geschäfte betreibt: Oft Geschäfte mit dem Tod, denn beispielsweise rund 90% der weltweiten Waffenexporte gehen auf das Konto der G8-Staaten.

Mit weniger als 3% der jährlichen Militärausgaben schon könnten alle Menschen auf dieser Erde mit ausreichend Nahrung, sauberem Wasser und Gesundheitsdiensten versorgt werden.

Verelendung, Umweltzerstörung, Krieg, Abschottung gegen und Entrechtung von Flüchtlingen, Angriffe auf soziale und demokratische Grundrechte und das zunehmende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Armen und Reichen – das ist die verheerende Bilanz dieser Politik, die mich zugleich empört und hilflos macht. – Wann hat Otto Normalverbraucher schon die Gelegenheit, sich dagegen zu stemmen und zu zeigen, dass es darauf nur eine richtige Antwort gibt, nämlich den massenhaften Widerstand? Also machte ich mich auf nach Rostock.

Attac Wuppertal hatte einen Reisebus organisiert, und ich war hocherfreut, in der Gruppe äußerst sympathische Mitstreiter zu finden.

Der Aufmarsch in Rostock war fröhlich und bunt. Zu Tausenden zogen wir zum Kundgebungsplatz. Umwelt- und Klimaschutz wurden phantasievoll eingefordert, die Beendigung der Kriege und des absurden Rüstungswahnsinnes verlangt und die fatalen Konsequenzen des gierigen Raffens von Ge-

Bernd und Sybille



winnen durch ausbeuterische, menschenverachtende, zerstörerische Geschäfte angeprangert. „Wir wollen das nicht“ tönte es zigtausendfach aus Liedern und Ansprachen, leuchtete es bunt von Transparenten und toll gemachten Riesenpuppen. – Und dann rollten plötzlich die Wasserwerfer heran....

Zwei Hubschrauber kreisten endlos lange und nervtötend laut über der Bühne und das friedlich-bunte Programm musste unterbrochen werden. In einiger Entfernung stieg eine Rauchwolke auf, dort hinten gab es auch hektische Bewegung unter den Demonstranten auf der Flucht vor den Wasserwerfern. Ich überlegte mir einen Fluchtweg für den Fall, dass das Gerenne näher kommen sollte, aber das zeigte sich zum Glück als überflüssig, denn die Unruhen blieben beschränkt auf Randbereich nahe des einen brennenden Autos – völlig anders als es in den Medien dargestellt wurde! Auf die Kritik der Gipfelgegner an der Politik der mächtigen 8 wurde dagegen kaum eingegangen in der Berichterstattung.

Gewiss waren unter den Demonstranten auch solche, die die in meinen Augen unsinnige Auseinandersetzung mit den Ordnungskräften „zelebrierten“. Es gab aber auch, wie sich nachher zeigte, eingeschleuste Provokateure aus Spezialeinheiten der Polizei, was ich absolut unverantwortlich, ja kriminell finde. Die maßlos übertriebenen Darstellungen über das Ausmaß der Gewalt sprachen zunächst von über 150 verletzten Polizisten – aber dann hieß es, nur zwei hätten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Wem dienen Praktiken die dazu führen, dass irreführende und tendenziöse Berichte das Bild beherrschen und die Teilnehmer an

der Großdemo in die Nähe krimineller Elemente rücken?

Wem passt es nicht, dass Kritik geübt wird an der Politik der mächtigsten Staats- und Regierungschefs in ihrer Funktion als Wegbereiter der weltweit agierenden und dominierenden Unternehmen und Kapitalgesellschaften?

Wer soll da für dumm verkauft werden? Wer soll da mundtot gemacht werden?

Ich ahne es nur, denn die hinter verschlossenen Türen Tagenden verraten nicht, wem sie hörig sind so dass sie Versprechen nicht einlösen und eine Politik machen, die dem Wohle der meisten Menschen entgegen steht.

Ich finde, dass Bernd aus Ohligs, den ich bei der Demo kennen und schätzen lernte, verdammt gut gewählt hat, als er auf seine Deutschlandfahne, die er zur Demo mitbrachte, schrieb: **„Durch Deutschland muß ein Ruck gehen!“**

Wahrscheinlich hat Roman Herzog bei diesem Ausspruch an andere neu zu findende Werte gedacht als Bernd – aber ich fand diesen Satz sehr passend. Es darf einfach nicht mehr so sein, dass wir als Stimmvieh bei den Wahlen Leute an die Spitze unsere Staates bringen, die sich ungestraft dem verantwortungslosen Treiben der übrigen G8-Staaten anschließen. Vielmehr sollten wir als Wahlvolk sehr deutlich machen, dass wir soziale Verantwortung von Politikern und Unternehmen fordern. Wir akzeptieren Gewinne der Unternehmen nur dann, wenn ökologische und Sozialstandards eingehalten worden sind und wenn die Unternehmen zum Steueraufkommen im Staat angemessen beigetragen haben. Das gilt hier, und das gilt im globalen Gefüge.

Sybille Arians-Otto

## Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage

# getaway

only 24 years  
Kottendorfer Str. 21  
42697 Solingen - Ohligs

specialparties.

Freitag, 26.10. Disco

## minimolix

ALL AREAS

Club Area:

Tech House · Electronica · Minimal  
Nicolas Stefan · Jürgen Potzkoten  
und Tobias Christoph  
Video Performance und  
Licht Installation  
Cocktail Bar: Carlo Manzoni  
Start: 22 Uhr · Eintritt: 5 Euro

Mittwoch, 31.10. Disco

## Das große Halloween - special

# 90 degrees

Die Nacht der 90er!

Start: 21 Uhr · Eintritt: 6 Euro incl. Getränk

Freitag Disco

# Rock your summer!

Aktuelle alternative Popkultur  
& alternative Partyklassiker!

Start: 21 Uhr · Eintritt: 4 Euro MVZ  
Ab 18 Jahre

## wochenprogramm.

Mittwoch Cocktailbar

Jeden Mittwoch:

## Cafe Queer

Der Treffpunkt für Schwule und  
Lesben aus der Region

Start: 20 in den Cocktailbar

Donnerstag disco

## die wilde 13

Rock, Pop, Alternative, Classics  
in der Cocktailbar Rock Classics

20-21 Uhr Eintritt frei · Start 21 Uhr · 4 € MV

1. Samstag disco

## Sweet Dreams

Die Nacht der 80er

Start: 21.00 Eintritt: 6 € incl. Getränk

2. & 4. Samstag disco

## Midlife Crisis

Start 21 Uhr · Eintritt: 6 € incl. Getränk

3. Samstag disco

## Herz beißt Haifisch

Start: 21 Uhr · Eintritt: 6 € · ab 18 Jahren

Konzert.

Sonntag, 14.10.

## Manfred Mann's Earthband

Tickets über CTS u. Solinger Tageblatt

www.getaway-online.de

## gruppeninfos

AG Weiße Rose:

Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international:

Treff jeden 1. Mi. im Monat 20h, Kontakt 4 15 78

Antifa Bergisches Rheinland:

c/o Infoladen, Postfach 100931, 42609 Solingen

Anti-Hartz-Bündnis Solingen: c/o Café Courage

Arbeits-Suchenden-Treff Solingen:

Treff jeden Di. 10-12h, Ahrstr. 5-7 Kontakt: 7 77 57

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bürgeraktion Contra Westtangente:

Kontakt Tel.: 1 78 45

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, geöffnet: Mi. 15-19h, Fr. 13-15h,

Tel.: 27 36 35, Fax: 1, 71 98

Café International: Treff jd. 1. Freitag im Monat,

19h, Wupperstraße 120

Cow Club: www.cowclub.de

Treff jeden Donnerstag 20h in der kantine / COBRA,

Tel.: 659 86 89,

DFG-VK Niederberg / Berg. Land: Beratung für

Kriegsdienstverweigerer,

Kontakt Hagü Weber Tel.: 7 48 09

Förderverein Freibad Aufferhöhe:

Kontakt Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauengruppe International im Frauenverband

Courage:

Treff 14tg., Café Courage Tel.: 27 36 35

Frauenhaus: Tel.: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Albrechtstr. 12 Tel.: 55470

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua:

Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:

Kontakt: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:

www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de

Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 230 97 77

Schwuler Stammtisch:

Jd. Fr. 20h im Cobra, Merscheider Straße 77-79

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und

Rassismus: c/o: Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@operamail.com

Treff: Do. 25.10.07, 20 h, dann 14-tägig

Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ:

Karstadtpassage, nahe Zugang Parkhaus (7 10 41)

SOS-Rassismus: Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de

Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal,

tacheles: www.tacheles-solingen.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, tachelesSG@wtal.de

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat

(außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-

Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Kontakt: SALZ, Tel.: 710-41/42

Türkischer Volksverein:

Van-Meenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45

Mo.-Fr. ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.: Saz-

Kurs 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschisten:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.: 0212/ 31 81 30

AG ZukunftsWelten: Kontakt: Familie Thom,

Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07 96

## bürgerfunk

Soweit nicht anders angegeben, beginnen die  
Sendungen jeweils um 19.04 Uhr auf den  
Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne /  
99,95 MHz Kabel).

Bürgerfunk aus RS und SG im Internet:

http://www.buergerfunk.bland.de

Hier gibt es Informationen über die Studios,  
Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-  
Modell, Sendungen in RealAudio und vieles  
mehr. Änderungen des Programms sind aus  
technischen und sonstigen Gründen möglich.

16.10.2007	21:00	Lautstark
17.10.2007	21:00	Subotnix
18.10.2007	21:00	Tier und Partner
19.10.2007	21:00	GFL
20.10.2007	21:00	Ohrwerk
21.10.2007	20:00	Bücher, Leser, ...
23.10.2007	21:00	KBW
24.10.2007	21:00	Cowclub Radio
25.10.2007	21:00	2 Männer und Ich
26.10.2007	21:00	Radio Jam
27.10.2007	21:00	Metal Inquisition
28.10.2007	20:00	Snap
29.10.2007	21:00	Grüne Welle
02.11.2007	21:00	Kulturbunt
03.11.2007	21:00	GFL
04.11.2007	20:00	Full House
05.11.2007	21:00	GFL
06.11.2007	21:00	Radiostammtisch
07.11.2007	21:00	GFL
08.11.2007	21:00	Kraftstation
09.11.2007	21:00	Stimme der Senioren
10.11.2007	21:00	Catalpa
11.11.2007	20:00	Hangkgeschmedden
12.11.2007	21:00	Rückblende
14.11.2007	21:00	GFL
15.11.2007	21:00	Tier und Partner
16.11.2007	21:00	GFL
17.11.2007	21:00	Ohrwerk
18.11.2007	20:00	Bücher, Leser, ...
19.11.2007	21:00	GFL
20.11.2007	21:00	Lautstark
21.11.2007	21:00	Subotnix
22.11.2007	21:00	2 Männer und Ich
23.11.2007	21:00	Radio Jam
24.11.2007	21:00	Metal Inquisition
25.11.2007	20:00	Snap
26.11.2007	21:00	Grüne Welle
27.11.2007	21:00	KBW
28.11.2007	21:00	Cowclub Radio
01.12.2007	21:00	GFL
02.12.2007	20:00	Full House
03.12.2007	21:00	GFL
04.12.2007	21:00	Radiostammtisch
05.12.2007	21:00	GFL
06.12.2007	21:00	Kraftstation
07.12.2007	21:00	Kulturbunt
08.12.2007	21:00	Catalpa
09.12.2007	20:00	Hangkgeschmedden
10.12.2007	21:00	Rückblende
12.12.2007	21:00	GFL
13.12.2007	21:00	Kraftstation
14.12.2007	21:00	Stimme der Senioren
15.12.2007	21:00	Ohrwerk
16.12.2007	20:00	Bücher, Leser, ...
17.12.2007	21:00	GFL
18.12.2007	21:00	Lautstark
19.12.2007	21:00	Subotnix
20.12.2007	21:00	Tier und Partner
21.12.2007	21:00	GFL
22.12.2007	21:00	Metal Inquisition